



FMSG Jahresbericht 2015
gemäß §13 Abs 10 FMABG

Inhalt

Management Summary	3
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen	5
Entwicklung des Bankensektors	5
Entwicklung des Versicherungssektors	10
Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen	13
Entwicklung des Wertpapiersektors	14
Tätigkeitsbericht	17
Über das FMSG	21
Aufgaben des FMSG	21
Mitglieder des FMSG	21

Management Summary

Im Mittelpunkt der Arbeit des Gremiums stand im letzten Jahr die Ausarbeitung von Empfehlungen zu makroprudenziellen Kapitalpuffern. Auf Basis von Analysen der OeNB zu systemischen Risiken des österreichischen Bankensektors hat das FMSG eine Empfehlung an die FMA zum Einsatz des Systemrisikopuffers und des Puffers für „Andere Systemrelevante Institute“ („Other Systemically Important Institutions-“, O-SII) beschlossen.

Die vom Systemrisikopuffer adressierten strukturellen systemischen Risiken ergeben sich aus

- der Größe des Bankensektors, der in einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich zu potenziell hohen Krisenkosten führt, die sich in hohen Kosten mit ungünstigen Auswirkungen auf Staatshaushalt und starken negativen Effekten für die Realwirtschaft niederschlagen können,
- der hohen und konzentrierten Exponierung der österreichischen Banken gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE),
- der unterdurchschnittlichen Kapitalisierung und den spezifischen Eigentümerstrukturen der österreichischen Banken und
- der mangelnden Vorbereitung auf den Wegfall der impliziten Staatsgarantie, von der die österreichischen Banken in der Vergangenheit besonders profitiert haben.

Die Höhe des Systemrisikopuffers wurde von der FMA – basierend auf der Empfehlung des FMSG vom September 2015 – in der Kapitalpuffer-Verordnung mit bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva für zwölf Banken festgesetzt.

Im Juni 2015 hat das FMSG auf Grundlage der Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und eines entsprechenden Vorschlags der OeNB auch den Einsatz des O-SII-Puffers empfohlen. Die FMA hat diese Empfehlung in der ersten Jahreshälfte 2016 umgesetzt. Da der jeweils höhere von Systemrisikopuffer und O-SII-Puffer zur Anwendung kommt, hat die Empfehlung zum O-SII-Puffer derzeit keine Auswirkungen auf den Kapitalbedarf der österreichischen Banken.

Zudem wurde für die Gewährleistung einer friktionsfreien Umsetzung der kumulierten Eigenmittelerfordernisse in Analogie zum Basel-III-Phasing-In-Prozess ein dreijähriger und progressiv verlaufender Implementierungszeitraum zum Aufbau des Systemrisikopuffers und des O-SII-Puffers für direkt durch die EZB beaufsichtigte Institute empfohlen.

Das FMSG empfahl – auf Basis eines OeNB-Vorschlags – der FMA zudem, den Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva ab dem 1. Jänner 2016 festzulegen. Auch diese Empfehlung wurde von der FMA in der Kapitalpuffer-Verordnung umgesetzt.

Neben der Erstellung von Empfehlungen zu makroprudenziellen Kapitalpuffern analysierte das Gremium zahlreiche mögliche Systemrisiken für den österreichischen Finanzmarkt. So wurden insbesondere die Auswirkungen des derzeit vorherrschenden Niedrigzinsumfelds, systemische Risiken aus der Immobilienkreditfinanzierung sowie der Versicherungen und anderen Nichtbanken-Finanzintermediären diskutiert.

Durch die Erstellung einer makroprudenziellen Strategie konnten wesentliche Eckpunkte in der Umsetzung der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich festgehalten und die Entscheidungsprozesse sowie die Kommunikation und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gestärkt werden. Zudem wird die Tätigkeit des Gremiums durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichung von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

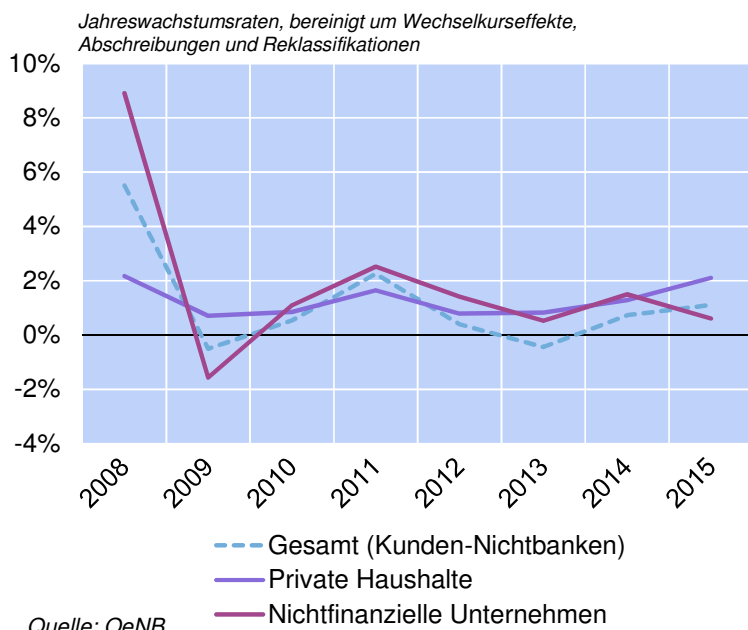
Entwicklung des Bankensektors

Die Größe des österreichischen Bankensektors ist seit 2012 rückläufig. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Die konsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Banken ging auf Jahressicht um 2% auf rund 1.057 Mrd EUR zurück. Dabei wurde vor allem der Geschäftsumfang in Österreich sowie die grenzüberschreitenden Aktivitäten reduziert, während die Bilanzsumme der österreichischen Tochterbanken in CESEE merklich gestiegen ist. Vor allem in Tschechien und der Türkei wurde die Geschäftstätigkeit weiter ausgebaut. Die schwierige makroökonomisch und politische Situation in Russland sowie der Verkauf einer Tochter in Rumänien haben demgegenüber dafür gesorgt, dass die Forderungen der österreichischen Banken in diesen Ländern im Jahr 2015 rückläufig waren.

Hohes Einlagen- und schwaches Kreditwachstum bei Unternehmen

Insgesamt lag das Kreditwachstum des Unternehmenssektors im Jahr 2015 mit 0,6% deutlich unter der 1%-Marke. Verantwortlich für die gedämpfte Entwicklung im Inland waren insbesondere kurzfristige Finanzierungen mit Ursprungslaufzeit bis ein Jahr, die im Jahresvergleich um 7,8% rückläufig waren. Längerfristige Unternehmenskredite entwickelten sich hingegen nach wie vor positiv. Auch die Neukreditvergabe zeigte 2015 im kurzfristigen Bereich eine deutlich schwächere Entwicklung.

Kreditwachstum in Österreich



Insgesamt lag das an inländische Unternehmen neu vergebene Volumen kurzfristiger Eurokredite im Jahr 2015 mit 39,0 Mrd. EUR deutlich unter dem Vergleichswert des Vorjahres (52,0 Mrd. EUR). Längerfristige Kredite (über sechs Monate) wurden hingegen im Ausmaß von 22,7 Mrd. EUR vergeben. Sowohl aus den statistischen Daten zur Kreditentwicklung als auch aus den OeNB-Umfrageergebnissen zum Kreditvergabeverhalten der Banken, die keine weitere Verschärfung der Kreditbedingungen anzeigen, lassen sich keine Anzeichen einer Kreditklemme der heimischen Wirtschaft ableiten. Die geringe Dynamik dürfte nachfrageseitige Gründe haben. Ein Indiz dafür

sind die nach wie vor hohen Einlagenstände der Unternehmen bei den Banken sowie die mäßige Entwicklung der Finanzierung über Anleiheemissionen im Jahr 2015.

Das Einlagenwachstum nichtfinanzieller Unternehmen hat sich im Laufe des Jahres 2015 deutlich beschleunigt und wies Ende 2015 ein Jahreswachstum von 9,5% aus. Mit einem aushaftenden Bestand von 54,5 Mrd. EUR wurde zudem ein neuer Höchststand an Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen bei österreichischen Banken verzeichnet. Dies obwohl die kurzfristigen Einlagen von Unternehmen im Schnitt im Neugeschäft nur mit 0,3% verzinst wurden. Das Einlagenwachstum bei Unternehmen zeigte sich sowohl in Österreich als auch im Euroraum fast ausschließlich bei täglich fälligen Einlagen, während Einlagen mit Bindungsfrist abgebaut wurden.

Immobilienfinanzierungen stützen
Kreditvergabe an private Haushalte

Das Kreditwachstum privater Haushalte entwickelte sich in Österreich nach wie vor ansteigend und wies per Dezember 2015 2,1% im Jahresvergleich auf. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung waren nach wie vor ausschließlich Wohnbaukredite, die sich im Ausmaß von 3,5% ausweiteten, während Konsumkredite rückläufig waren und sonstige Kredite stagnierten.

Die aushaftenden Einlagen des Haushaltssektors weiteten sich im Oktober 2015 mit einem Jahreswachstum von 4,3% bzw. +5,9 Mrd. EUR weniger dynamisch als jene von nichtfinanziellen Unternehmen aus. Seit mehr als einem Jahr leisteten ausschließlich täglich fällige Einlagen einen positiven Beitrag zum Einlagenwachstum privater Haushalte. Im Einklang mit dem bereits sehr lange anhaltenden Trend hin zu täglich verfügbaren Mitteln stieg der Anteil der täglich fälligen Einlagen am gesamten Einlagenbestand privater Haushalte, sodass mittlerweile fast jeder zweite Euro täglich verfügbar war. Ein wichtiger Faktor dieser Entwicklung dürften die gesunkenen Opportunitätskosten sein, so lag der Zinsunterschied zwischen täglich fälligen Einlagen und neu vergebenen Einlagen mit Bindungsfrist bis ein Jahr im Dezember 2015 nur noch bei 14 Basispunkten. Die anhaltende Niedrigzinsphase bewegte private Haushalte auch weiterhin dazu, in Investmentfonds zu investieren.

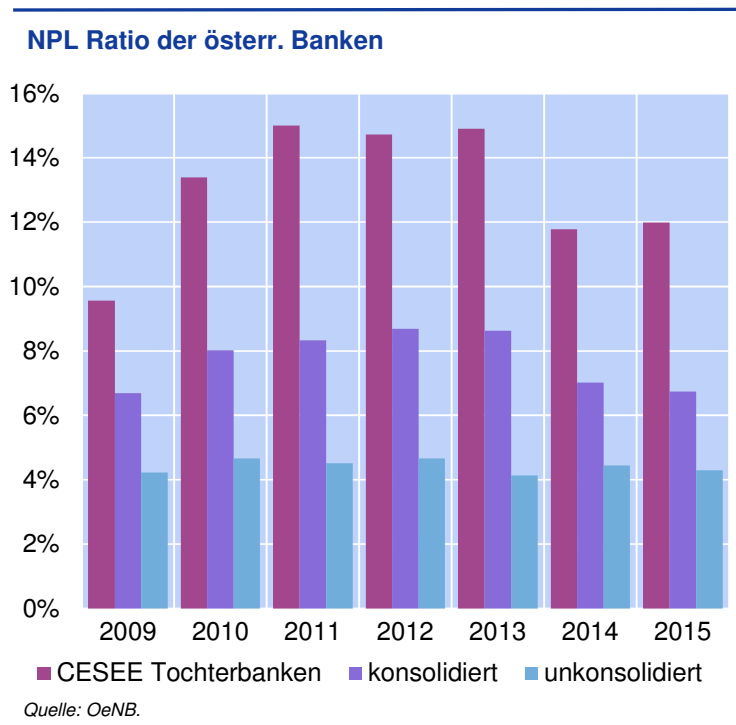
Fremdwährungskredite in Österreich
und CESEE rückläufig

Fremdwährungskredite an Kunden (Nichtbanken) gingen in Österreich im Jahr 2015 wechselkursbereinigt um 6,4 Mrd EUR bzw. 16,1% zurück. Der Fremdwährungskreditanteil liegt mit 10,2% somit mittlerweile auf einem historisch niedrigen Niveau. Vor allem die privaten Haushalte haben ihre Fremdwährungsverbindlichkeiten reduziert, wobei die Aufwertung des Schweizer Frankens (CHF) zu Beginn des Jahres 2015 die Rückzahlungsverpflichtung der CHF-Kreditnehmer (knapp 90% aller Fremdwährungskredite in Österreich) deutlich erhöht hat.

Seit der Verlautbarung der FMA-Guiding Principles Ende 2010 fiel auch das Fremdwährungskreditvolumen im CESEE-Geschäft (Tochterbanken und Direktkredite) um 23 Mrd EUR auf 108 Mrd EUR (Stand Mitte 2015, wechsellkursbereinigte Veränderung).

Kreditqualitätsindikatoren verbessert

Die Kreditqualität der österreichischen Banken hat sich im Jahr 2015 deutlich verbessert. So ging die konsolidierte Non Performing Loan (NPL) Ratio seit Ende 2014 um 65 BP auf 6,4% zurück, und auch die unkonsolidierte NPL Ratio, die die Kreditqualität des Inlandsgeschäfts in Österreich widerspiegelt, war rückläufig und lag Ende des Jahres bei 4,3%. Im internationalen Vergleich haben die österreichischen Banken jedoch weiterhin vergleichsweise hohe NPL-Quoten. Gleichzeitig ist aber auch die Bevorsorgung von Kreditrisiken (Coverage) der heimischen Kreditinstitute überdurchschnittlich hoch.



Trotz der Verbesserung der Kreditqualität bleiben Kreditrisikovorsorgen jedoch weiterhin der größte Belastungsfaktor für die Profitabilität der österreichischen Banken.

Strukturwandel im Bankensektor

Österreichs Banken stehen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Neben dem nur moderaten Wirtschaftswachstum und dem immer noch relativ hohen Niveau an Kreditvorsorgen belastet das niedrige Zinsumfeld die Banken zunehmend. Der bereits in Gang befindliche Strukturwandel sollte die Rentabilität der Institute erhöhen und den Bankensektor insgesamt widerstandsfähiger machen. Bei der Umsetzung der Strukturreformen ist allerdings darauf zu achten, dass dadurch keine neuen Risiken für die Finanzmarktstabilität entstehen.

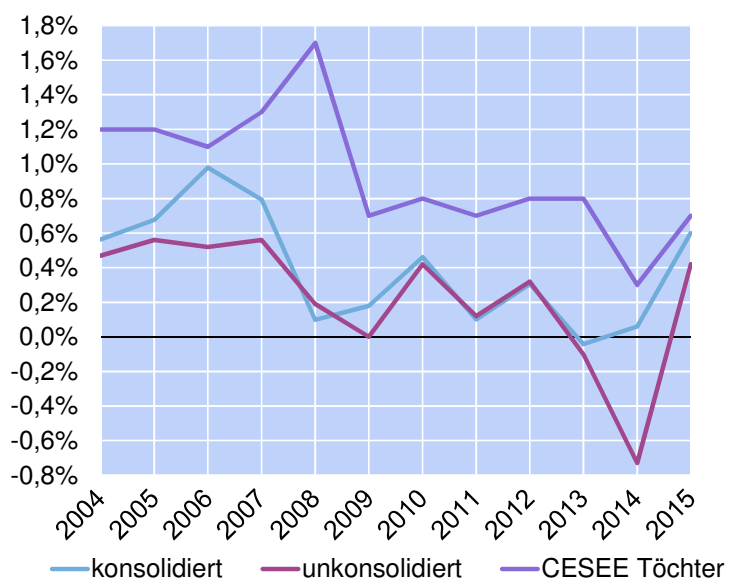
Das Zinsergebnis ist der wichtigste Ertragsbestandteil der österreichischen Banken und beläuft sich auf 43% der unkonsolidierten und 65% der konsolidierten Erträge. Aus diesem Grund sind Änderungen in der Zinslandschaft für die Banken von besonderer Bedeutung. Obwohl die Nettozinseinkünfte auch in den letzten Jahren immer noch deutlich positiv waren, sind die Zinsmargen seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig. Wenngleich die Zinsmarge bei Großbanken

deutlich niedriger ausfällt als bei kleinen und mittelgroßen Banken, sind letztere stärker von einer rückläufigen Zinsmarge betroffen. Dies lässt sich insbesondere dadurch erklären, dass Erträgen aus anderen Quellen als dem Zinsgeschäft bei Großbanken volumenmäßig mehr Bedeutung zukommt als bei kleinen und mittelgroßen Banken.

Erholung der Profitabilität der österreichischen Banken im Jahr 2015

Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken lag im Jahr 2015 bei 5,2 Mrd EUR und somit ein Vielfaches über dem Vergleichswert des Vorjahres. Hauptgründe für die signifikante Verbesserung waren deutlich reduzierte Risikovorsorgen, die im Jahresvergleich um ein Drittel zurückgegangen sind, sowie hohe Firmenwertabschreibungen im Jahr 2014. Das operative Ergebnis stieg im selben Zeitraum um rund 18%, getrieben von rückläufigen Aufwendungen. Allerdings gingen auch die operativen Erträge zurück, da das Zinsergebnis zunehmend vom Niedrigzinsumfeld belastet wird, und im Eigenhandel leichte Verluste verbucht wurden. Die Gesamtkapitalrentabilität¹ der österreichischen Banken lag im Jahr 2015 bei 0,6%. Damit zeigte sich eine deutliche Erholung gegenüber den Vorjahren, in denen die Profitabilität durch Firmenwertabschreibungen in CESEE stark belastet war.

Gesamtkapitalrentabilität (RoA) des österr. Bankensystems



Quelle: OeNB.

Die österreichischen Tochterbanken in CESEE erwirtschafteten im Jahr 2015 einen Periodenüberschuss von 2,2 Mrd EUR. Die nahezu Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr war auf ebenso signifikant geringere Risikovorsorgen zurückzuführen, da das Betriebsergebnis im selben Zeitraum nur leicht stieg.

Stabile Liquiditätssituation

Die Liquiditätssituation der österreichischen Banken ist weiterhin stabil. Dessen ungeachtet hat die Umsetzung der europäischen Bankensanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and

¹ nach Steuern aber vor Minderheitenanteilen

Resolution Directive BRRD) im österreichischen Bankensanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG, per 1.1.2015) und die damit verbundene Implementierung eines Abwicklungsregimes für Banken in Österreich dazu geführt, dass sich die Refinanzierungskosten einzelner österreichischer Banken merklich erhöht haben, speziell für Schuldtitel und Kapitalinstrumente des ergänzenden Kernkapitals. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass der Wegfall der impliziten Staatsgarantie für österreichische Banken nunmehr am Markt zumindest teilweise eingepreist wurde. Die expansive Geldpolitik der EZB sorgt dafür, dass kein Liquiditätsproblem innerhalb des Euroraums auftritt.

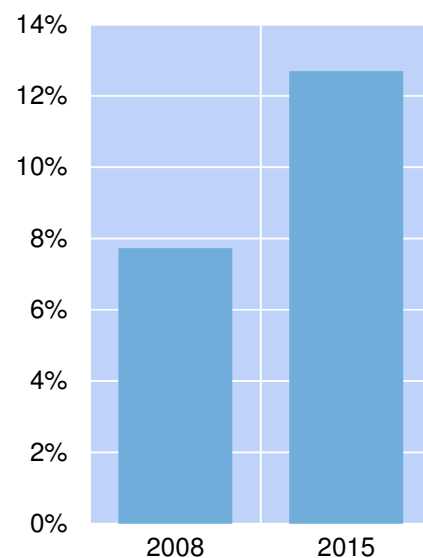
Durch die Veröffentlichung des aufsichtlichen Nachhaltigkeitspakets durch FMA und OeNB im März 2012, das unter anderem die lokale Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken im Ausland verlangt, hat sich die Abhängigkeit der CESEE-Tochterbanken von der Refinanzierung durch die Mutterbanken von 43,4 Mrd EUR Ende 2011 auf 20,6 Mrd EUR Ende 2015 halbiert.

Eigenkapitalausstattung verbessert

Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren durch eine Kombination aus zusätzlichem Kapital und reduzierten risikogewichteten Aktiva verbessert. Dieser Trend setzte sich auch 2015 fort. Dessen ungeachtet sind die Kapitalquoten der österreichischen Banken – verglichen mit ähnlichen europäischen Instituten – aber weiterhin unterdurchschnittlich. Die vom Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlene Aktivierung eines Systemrisikopuffers für ausgewählte österreichische Banken sollte die Kapitalisierung dieser Banken verbessern.

Per Ende 2015 lag die Kernkapitalquote des österreichischen Bankensystems bei rund 12,7% (harte Kernkapital- (CET1-) Quote: 12,6%). Die Leverage Ratio² lag zeitgleich bei 6,0%.

Aggregierte Kernkapitalquote des österr. Bankensystems



Quelle: OeNB.

² Art. 429 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR); Definition ohne Berücksichtigung der Basel III-Übergangsbestimmungen ("Basel III fully phased in")

Entwicklung des Versicherungssektors³

Anstieg der Prämien

Im österreichischen Versicherungssektor stiegen die verrechneten Prämien im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,6% auf 17,3 Mrd EUR. Innerhalb der Bilanzabteilung Leben, die in Summe einen Prämienanstieg von 0,5% verzeichnen konnte, gingen die Prämien der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung um 4,1% zurück. Ihr Anteil an den gesamten Prämien der Bilanzabteilung Leben hat sich im abgelaufenen Jahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert von 22,9% auf 21,9% vermindert. Dagegen war in der konventionellen Lebensversicherung eine Steigerung der verrechneten Prämien in Höhe von 1,8% festzustellen. Der Anteil der Einmalprämien in der Lebensversicherung hat sich von 23,4% auf 24,6% erhöht; insbesondere im ersten Quartal führten Sondereffekte zu einem besonders starken Wachstum. Nur minimal belebend auf die Nachfrage nach konventionellen Lebensversicherungsprodukten wirkten sich gegen Jahresende die weitere Absenkung des höchstmöglichen Garantiezinssatzes in der Lebensversicherung (von 1,50% auf 1,00%) und die damit verbundenen Vorzieheffekte aus. Auch Lebensversicherungsprodukte ohne Zinsgarantie fanden im abgelaufenen Jahr regen Absatz, wodurch manche Unternehmen die Zinssensitivität ihres Geschäftsmodells etwas reduzieren konnten.

Die Prämieinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung nahmen 2015 um 1,8% auf 8,7 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr zu. Auch das Prämienvolumen in der Krankenversicherung stieg um 4,2% auf 2,0 Mrd EUR. Beide Bilanzabteilungen verzeichneten somit ein Prämienwachstum, das betragsmäßig in etwa dem Trend der Vorjahre entspricht.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio. EUR	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015
Schaden/Unfall	8.367	8.534	8.688	+1,8%
Leben	6.419	6.663	6.695	+0,5%
<i>hv. fonds- und indexgebunden</i>	<i>1.822</i>	<i>1.529</i>	<i>1.467</i>	<i>-4,1%</i>
Kranken	1.821	1.880	1.959	+4,2%
Gesamt	16.608	17.077	17.342	+1,5%

Quelle: FMA

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle auf 15,5 Mrd EUR; das entspricht einer Steigerung von 9,6% gegenüber 2014. Das Ausbleiben größerer

³ Zum Berichtszeitpunkt lagen für das Jahr 2015 nur vorläufige Meldungen zum Jahresende 2015 und nur für das direkte Geschäft vor.

Naturkatastrophen resultierte in weitgehend unveränderten Aufwendungen für Schadensregulierungen für die Sparte der Schaden- und Unfallversicherung (-0,5%). In der Lebensversicherungssparte stiegen hingegen die Aufwendungen um 18,5%, teils verursacht durch eine deutliche Steigerung der Rückkäufe seitens der Versicherungsnehmer (+9,9% gegenüber dem Vorjahr).

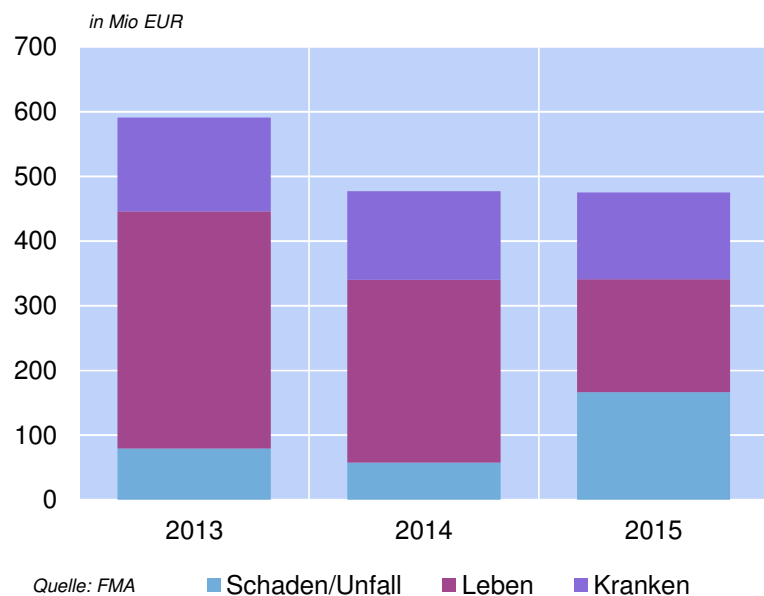
Versicherungstechnisches Ergebnis
divergent in Leben und Nicht-Leben

Im Jahr 2015 wiesen die österreichischen Versicherungsunternehmen ein versicherungstechnisches Ergebnis von 475 Mio EUR aus (-0,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Während in der Schaden- und Unfallversicherung ein signifikanter Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu beobachten war (+188,7% auf 166 Mio EUR), fiel die Entwicklung in der Lebensversicherung deutlich negativer aus: Das versicherungstechnische Ergebnis war hier aufgrund der höheren Aufwendungen um 38,1% rückläufig.

Stabiles Finanzergebnis trotz
Niedrigzinsumfeld

Das Finanzergebnis – Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen – belief sich 2015 auf rund 3,2 Mrd EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer minimalen Steigerung in Höhe von 0,2%, wofür insbesondere rückläufige Aufwendungen für die Kapitalanlage verantwortlich waren. Gleichwohl waren auch die Kapitalerträge im Niedrigzinsumfeld leicht rückläufig.

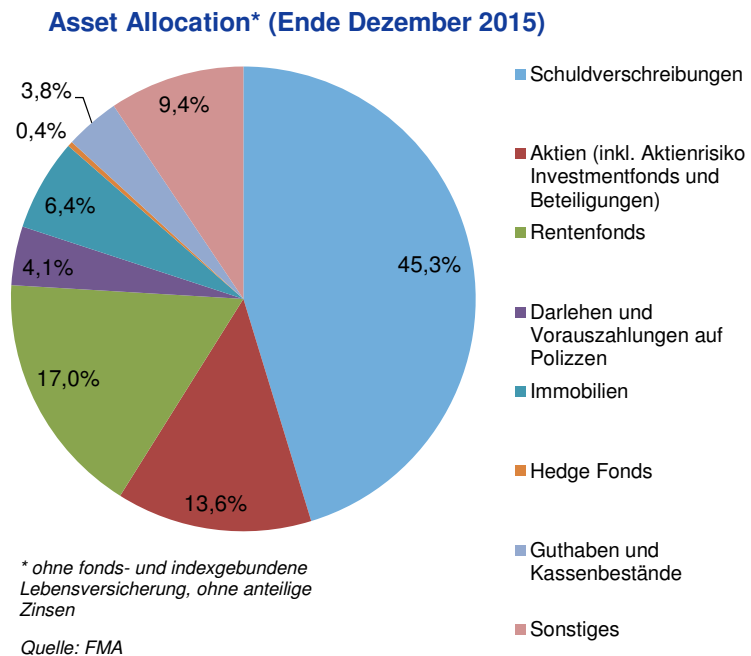
Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses



Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen zeigt gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Veränderungen. Von den gesamten Assets in Höhe von 91,9 Mrd EUR (ohne Veranlagungen der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung) haben die Schuldverschreibungen mit 45,2% nach wie vor einen dominierenden Anteil am Gesamtportfolio. Auf den weiteren Plätzen folgen Rentenfonds mit 17,0% und Aktien (inklusive Investmentfonds und Beteiligungen) mit 13,6%.

Innerhalb der Schuldverschreibungen, die per 31.12.2015 41,5 Mrd EUR ausmachten, haben Staatspapiere mit 43,8% den größten Anteil.

Die stillen Nettoreserven der Kapitalanlagen (ohne die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung) haben sich im Zwölfmonatsvergleich auf 21,9 Mrd EUR bzw. um 4,1% erhöht. 47,5% der stillen Reserven setzten sich zum Ende 2015 aus Aktien, Ergänzungs- und Partizipationskapital (inklusive Beteiligungen) zusammen. Auf Schuldverschreibungen entfielen zum Stichtag 25,2% der stillen Reserven, auf Immobilien 15,1%.



Mit der Einführung von Solvency II zum 01.01.2016 wird die Bewertung der Kapitalanlagen grundsätzlich zu Marktwerten erfolgen, wodurch sowohl die Bilanzwerte als auch die Eigenmittel eine höhere Volatilität aufweisen werden als bisher.

Rückgang des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich 2015 auf 1,4 Mrd EUR, was einem Rückgang von 4,7% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der größte Beitrag (77,1%) resultiert dabei aus der Bilanzabteilung Schaden- und Unfallversicherung. Aus der Lebens- und der Krankenversicherung resultieren Beiträge in Höhe von 12,9% bzw. 9,9%.

Dabei zeigte sich in den Sparten eine divergente Entwicklung des EGT: In der Schaden-/Unfallversicherung stieg das Ergebnis um 5,6%, in der Krankenversicherung sank es um 3,9%. Deutlich negativer entwickelte sich der Lebensversicherungssektor, in dem das EGT um 40,1% zurückging, womit sich der Trend aus dem Vorjahr fortsetzte.

Niedrigzinsumfeld größtes Risiko bei Versicherungen

Die überaus niedrigen Kapitalmarktzinsen stellen unverändert das größte Risiko für den Versicherungssektor dar, insbesondere für Lebensversicherungen, die dem Versicherungsnehmer

eine bestimmte jährliche Rendite garantieren. Die FMA hat auch im abgelaufenen Jahr Maßnahmen gesetzt, die die Risikotragfähigkeit des Lebensversicherungssektors stärken, darunter eine weitere Absenkung des maximal zulässigen Höchstzinssatzes von 1,50% auf 1,00% für nach dem 31.12.2015 abgeschlossene Neuverträge sowie die Verpflichtung der Lebensversicherungsunternehmen, die im Jahr 2013 eingeführte Zinszusatzrückstellung höher zu dotieren und rascher aufzubauen.

Resultierend aus dem Niedrigzinsumfeld entstehen weitere Risiken wie die geringe Profitabilität der Versicherungsunternehmen sowie ein mögliches „search for yield“-Verhalten, wodurch die Risiken in der Veranlagung gesteigert werden, um die garantierten Renditen erwirtschaften zu können. Eine signifikante Veränderung der Veranlagungsstruktur österreichischer Versicherungsunternehmen, die auf diesen Effekt zurückgeführt werden könnte, ist bislang noch nicht festzustellen. Durch die Einführung von Solvency II zum 01.01.2016, welches für Versicherungsunternehmen u.a. ein risikobasiertes Eigenmittelerfordernis vorschreibt, ist ein solches Verhalten in den meisten Assetklassen nur mehr in deutlich reduziertem Ausmaß zu erwarten, da höhere Risiken stärker mit Eigenmitteln unterlegt werden müssen.

Auf der Investmentseite haben sich die Risiken aus der Eurokrise ab dem Sommer 2015 etwas reduziert. Demgegenüber könnten die Risiken aus Emerging Markets, wenngleich nicht direkt, so doch indirekt über ein Abschwächen der Weltkonjunktur sowie über die relativ hohen Bankenexposures den Versicherungssektor treffen.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen konnten sich im äußerst volatilen Kapitalmarktumfeld des Jahres 2015 behaupten. Im Durchschnitt aller Pensionskassen errechnet sich eine Jahresperformance von +2,3%, was unterhalb des langfristigen (seit Ende 1997) Durchschnitts von nominal +3,9% liegt. Betriebliche Pensionskassen konnten im Vergleich etwas bessere Performancezahlen aufweisen als die überbetrieblichen Einrichtungen (+2,5% versus +2,3%). Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg gegenüber Ende 2014 um 3,3% auf 19,6 Mrd EUR. Zum Jahresende 2015 teilten sich die Assets wie folgt auf: 46,7% entfielen auf Schuldverschreibungen, 29,5% auf Aktien, 11,9% auf Bankguthaben, 5,4% auf Immobilien und 6,6% auf sonstige Assets. Gegenüber dem Jahresende 2014 stieg der Anteil der Anleihen um 0,6 Prozentpunkte, während der Aktienanteil um 3,1 Prozentpunkte rückläufig war. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg im gleichen Zeitraum um 2,5% auf rund 880 Tausend.

Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen waren 2015 Wertzuwächse zu verzeichnen: Die durchschnittliche Performance belief sich auf +1,2%; das verwaltete Vermögen erhöhte sich auf

8,3 Mrd EUR (+13,4%). Anleihen und Darlehen machten zum Ende des vierten Quartals mit 84,9% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 11,3% in Aktien sowie 3,8% in Immobilien und sonstigen Vermögenswerten – im langfristigen Vergleich sind nur minimale Umschichtungen zwischen diesen Anlagekategorien beobachtbar.

Entwicklung des Wertpapiersektors

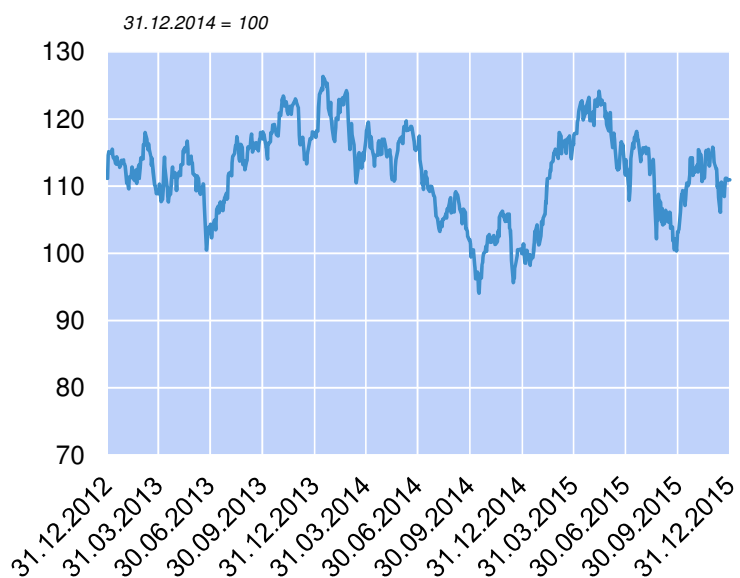
ATX im Jahr 2015 mit positiver Performance

Der österreichische Aktienmarkt beendete das Jahr 2015 mit einer positiven Performance. Der Austrian Traded Index (ATX) stieg um 11,0% auf 2.397 Punkte, wobei die Kurssteigerungen hauptsächlich im ersten und vierten Quartal zu beobachten waren. Zur Jahresmitte hin belasteten zunächst die anhaltenden Befürchtungen um eine Eskalation der Eurokrise, ab August dann die sich abschwächenden Konjunkturaussichten in China und anderen

rohstoffexportierenden Emerging Markets. Verglichen mit anderen internationalen Aktienindizes entwickelte sich der ATX im Gegensatz zum Vorjahr überdurchschnittlich gut: Der Deutsche Aktienindex (DAX) stieg im abgelaufenen Jahr demgegenüber um 9,6%, der europäische Stoxx 50 legte um 3,2% zu, der US-amerikanische S&P 500 verlor 0,7%.

Die Marktkapitalisierung des equity.at-Segments der Wiener Börse erreichte per Jahresende 2015 86 Mrd EUR (dies entspricht rund 26% des Bruttoinlandsprodukts) und damit etwa 8 Mrd. mehr als zum Jahresende 2014. Positiv entwickelten sich im Jahresverlauf die Umsätze im Aktiensegment (prime market): Gemessen am Vorjahreswert stiegen diese 2015 um 22,0% und beliefen sich, bei der üblichen Doppelzählung, auf 59,2 Mrd EUR.

Entwicklung des ATX



Quelle: FMA

Emissionstätigkeit äußerst verhalten

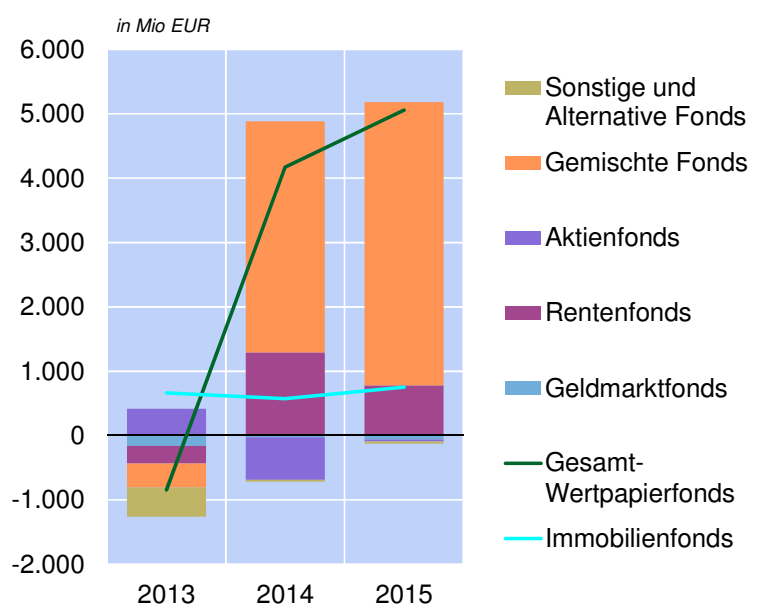
Die Emissionstätigkeit an der Wiener Börse fiel im abgelaufenen Jahr unterdurchschnittlich aus. Im Aktiensegment⁴ wurde durch Neuemissionen und Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen in Höhe von rund 345 Mio EUR nur ein Zehntel des im Vorjahr aufgebrauchten Kapitals erreicht; seit über 15 Jahren ist dies das niedrigste Emissionsvolumen. Mit der WP AG wagte nur ein Unternehmen den Schritt auf das Parkett, hierbei wurden 70 Mio EUR erzielt. Als größter Emittent trat die Oberbank AG hervor, die in zwei Kapitalerhöhungen in Summe rund 165 Mio EUR aufbringen konnte.

Im Anleihsensegment der Wiener Börse entsprach das Emissionsvolumen mit 55,1 Mrd EUR ungefähr dem Niveau des Vorjahres (+1,2%). Hiervon entfielen 25,0 Mrd EUR auf Anleihen von Finanzinstituten (+87,7% ggü. dem Vorjahr), 5,8 Mrd EUR auf sonstige Unternehmensanleihen (-19,8%), 3,8 Mrd EUR auf Performance-linked Bonds (+36,0%) und 20,5 Mrd EUR auf Anleihen des öffentlichen Sektors (-34,1%).

Anhaltende Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds

Der österreichische Investmentfondsmarkt konnte auch im volatilen Marktumfeld des Jahres 2015 wieder Nettomittelzuflüsse verzeichnen: Mit insgesamt 5,1 Mrd EUR in Wertpapierfonds lagen diese um 21,3% über dem Vorjahreswert. Hervorzuheben ist die anhaltende Popularität der Mischfonds, die rund 4,4 Mrd EUR einsammeln konnten. Auch Rentenfonds konnten positive Nettozuflüsse in Höhe von 780 Mio EUR verzeichnen, während bei Aktienfonds minimale Abflüsse (-26 Mio EUR) zu beobachten waren.

Entwicklung der Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds



Quelle: FMA

Das verwaltete Vermögen der österreichischen Investmentfonds belief sich zum Jahresende auf 162,7 Mrd EUR, was einer Steigerung im Jahresverlauf von 3,1% entspricht. Unverändert stellen

⁴ Nur geregelter Markt, inländische Emittenten

Rentenfonds die größte Anlagekategorie dar: Mit 43,5% (inkl. kurzfristig orientierte Rentenfonds) liegen sie vor den Mischfonds (41,7%) und deutlich vor Aktienfonds (14,6%).

Immobilienfonds setzten den Trend kontinuierlicher Mittelzuflüsse der Vorjahre fort und erzielten einen Wert von 749 Mio EUR, was einer Steigerung von 30,5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das veranlagte Vermögen in dieser Fondskategorie stieg im Laufe des Jahres von 4,7 Mrd auf 5,6 Mrd EUR (+17,1%).

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2015 vier Sitzungen abgehalten. Die Sitzungen fanden am 24. Februar, 1. Juni, 7. September und 26. November statt.

FMSG empfiehlt Einsatz von
Kapitalpuffern

Im Zentrum der Tätigkeit stand die Ausarbeitung von Empfehlungen zum Einsatz von Kapitalpuffern im Bankensektor. Mit Hilfe dieses derzeit wichtigsten Instruments der makroprudenziellen Aufsicht kann allen Instituten bzw. bestimmten Gruppen von Instituten zusätzliches hartes Kernkapital vorgeschrieben wird. Je nach Art des systemischen Risikos, das es abzudecken gilt, stehen unterschiedliche Kapitalpuffer zur Verfügung. Seit Anfang 2014 kann zur Abdeckung struktureller, systemischer Risiken ein Systemrisikopuffer festgesetzt werden. Mit Anfang 2016 folgen der Antizyklische Kapitalpuffer, um den Aufbau zyklischer systemischer Risiken zu mindern, sowie die Möglichkeit, Kapitalpuffer für Systemrelevante Institute vorzuschreiben. Das Gremium erwartet durch den Einsatz von Kapitalpuffern keine negativen Effekte auf das Kreditangebot, wohl aber eine risikoadäquatere Bepreisung von Kreditrisiken. Dadurch wird ein positiver Effekt auf die Stabilität des Finanzsystems erzielt.

Systemrisikopuffer bis zu 2%

Als wesentliche systemische Risiken für die österreichische Finanzmarktstabilität wurden vom FMSG der überdurchschnittlich große Bankensektor für eine kleine offene Volkswirtschaft, die hohe Exponierung gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften in Europa, die auch im europäischen Vergleich zu Banken mit ähnlichen Geschäftsmodellen unterdurchschnittliche Kapitalausstattung und die spezifischen Eigentümerstrukturen, die in einer Krise teilweise nur eingeschränkt in der Lage wären, Banken zu rekapitalisieren, identifiziert. Mit Hilfe des Systemrisikopuffers kann Banken, die diesen strukturellen Systemrisiken besonders ausgesetzt sind, zusätzliches Kapital vorgeschrieben werden, um deren Risikotragfähigkeit zu erhöhen.

In der 5. Sitzung des FMSG am 7. September 2015 wurden Systemrisikopuffer in Höhe von bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva beschlossen. Diese sind auf die jeweils gültige aufsichtliche SREP-Ratio⁵, die für jede Bank individuell festgelegt wird, aufzuschlagen. Für eine friktionsfreie Einführung wurde eine dreijährige Übergangsphase empfohlen. Der Puffer wird den Banken jeweils auf konsolidierter Ebene vorgeschrieben. Er wurde von der FMA durch die Kapitalpufferverordnung per 1.1.2016 umgesetzt⁶.

⁵ SREP: Aufsichtlicher Überprüfungs- und Evaluierungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)

⁶ BGBl. II Nr. 435/2015

Andere Systemrelevante Institute-Puffer
bis zu 2%

Parallel zum Systemrisikopuffer wurde vom FMSG auch der Einsatz eines O-SII-Puffers empfohlen. Anhand von Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) wurde die Identifizierung von O-SIIs in Österreich vorgenommen. Banken sind dann als Systemrelevante Institute einzustufen, wenn davon auszugehen ist, dass eine Fehlfunktion oder ein Scheitern des Instituts zu systemischem Risiko führt. Kriterien zur Größe, Verflechtung mit dem Finanzsystem, Ersetzbarkeit, Komplexität und grenzüberschreitender Tätigkeit sind bei der Einstufung zu berücksichtigen. Die FMSG-Empfehlung sieht O-SII-Puffer in Höhe von bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva sowie eine mehrjährige Übergangsphase vor, um eine friktionsfreie Umsetzung zu gewährleisten. Im Zusammenwirken zwischen Systemrisikopuffer und O-SII-Puffer kommt jeweils nur der höhere Kapitalpuffer zur Anwendung.

Überblick identifizierte Institute

	Höhe Systemrisikopuffer				Höhe Andere Systemrelevante Institute-Puffer			
	1.1.2016	1.1.2017	1.1.2018	1.1.2019	1.1.2016	1.1.2017	1.1.2018	1.1.2019
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>							
Erste Group Bank	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%
Raiffeisen Zentralbank	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%
Raiffeisen Bank International	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%
UniCredit Bank Austria	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%	0,25%	0,50%	1,00%	2,00%
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	0,25%	0,50%	1,00%	1,00%	0,125%	0,25%	0,50%	1,00%
Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien	0,25%	0,50%	1,00%	1,00%	0,125%	0,25%	0,50%	1,00%
BAWAG P.S.K	0,25%	0,50%	1,00%	1,00%	0,125%	0,25%	0,50%	1,00%
Niederösterreichische Landesbank-Hypothekbank	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%				
Vorarlberger Landes- und Hypothekbank	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%				
Hypo Tirol Bank	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%				
Landesbank Oberösterreich	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%				
Sberbank	0,25%	0,50%	1,00%	1,00%				

Antizyklischer Kapitalpuffer in Höhe von
0%

Der Antizyklische Kapitalpuffer soll das Bankensystem vor den Auswirkungen zyklischer systemischer Risiken schützen, die vor allem aus nicht nachhaltiger Kreditvergabe auf aggregierter Ebene entstehen können. Die Entwicklung des ausstehenden Kreditvolumens im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als wesentlicher Indikator sprach im vorangegangenen Jahr dagegen, einen derartigen Puffer zu empfehlen. Weitere Indikatoren unterstützen diese Einschätzung: Die Solidität der österreichischen Bankbilanzen gemessen an der unkonsolidierten aggregierten Verschuldungsquote (Tier 1-Kapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) verläuft stabil. Zudem sind auf makroökonomischer Ebene keine groben Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz bezogen auf das Wirtschaftswachstum zu erkennen. Daher empfahl das FMSG basierend auf der aktuellen Datenlage, den Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva ab dem 1. Jänner 2016 festzulegen. Diese Empfehlung wurde von der FMA ebenfalls in der Kapitalpufferverordnung umgesetzt.

Die zu Jahresende vom Gremium beschlossene makroprudenzielle Strategie beinhaltet wesentliche Eckpunkte in der Umsetzung der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich und dient der Förderung der Entscheidungsprozesse sowie der Kommunikation und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) hat im Jahr 2013 empfohlen⁷, eine solche Strategie bis Ende des Jahres 2015 zu formulieren. Die Strategie hält fest, dass das oberste Ziel der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich – die Sicherstellung der Stabilität des österreichischen Finanzsystems in seiner Gesamtheit – durch Verfolgung und Erfüllung folgender Zwischenziele zu erreichen ist:

1. Eindämmung und Vermeidung von übermäßigem Kreditwachstum und übermäßiger Verschuldung („Leverage“);
2. Eindämmung und Vermeidung von übermäßigen Inkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivseite der Finanzunternehmen sowie von Liquiditätsengpässen an den Märkten;
3. Begrenzung direkter und indirekter Risikokonzentrationen;
4. Begrenzung systemischer Auswirkungen von Fehlanreizen, insbesondere zwecks Verringerung von Moral Hazard;
5. Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzinfrastrukturen;
6. Minimierung von Informationsdefiziten.

Die Strategie wurde auf der Homepage des FMSG veröffentlicht.

Stark steigende Immobilienpreise bei wachsender Verschuldung können die Krisenanfälligkeit von Kreditnehmern und –gebern erhöhen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Überbewertungen auf Immobilienmärkten, die mit einem starken Anstieg der Vergabe von Immobilienkrediten einhergehen, häufig Auslöser systemischer Finanzkrisen gewesen sind. International wurden Begrenzungen von Beleihungsquote (Loan-to-Value, LTV Ratio), Verschuldungsquote (Debt-to-Income, DTI Ratio) und Schuldendienstquote (Debt-Service-to-Income, DSTI Ratio) als Instrumente zur Adressierung von systemischen Risiken im Bereich der Immobilienfinanzierung eingesetzt. Die Immobilienpreisanstiege in Österreich gehen bisher nicht mit einem exzessiven Hypothekarkreditwachstum einher. Mittel- bis langfristig könnten sich jedoch – getrieben von einem Immobilienpreisboom – makroprudenzielle Risiken aufbauen. Das FMSG hat in einer ersten Diskussion analysiert, welche Instrumente für die Prävention möglicher mittel- oder längerfristig auftretenden Risiken im Bereich der Hypothekarkredite in Österreich sinnvoll und notwendig sein

⁷ Empfehlung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken vom 4. April 2013 zu Zwischenzielen und Instrumenten für makroprudenzielle Maßnahmen (ESRB/2013/1)

können und wie diese Instrumente gegebenenfalls zum Einsatz gebracht werden könnten. Ein konkreter Anwendungsbedarf wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesehen.

Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds
sind weiter zu beobachten

Das Gremium hat die Auswirkungen des derzeit herrschenden Zinsumfelds auf die österreichischen Banken diskutiert. Dieses stellt eine zusätzliche Herausforderung für die österreichischen Banken, die aufgrund ihrer Eigenmittelausstattung und Risiken wie Fremdwährungskredite oder Aktivitäten in aufstrebenden Volkswirtschaften stärker exponiert sind, dar. In den letzten Jahren ist die durchschnittliche Zinsmarge auf Einzelbankebene kontinuierlich zurückgegangen, was zum Teil auf den Rückgang des Zinsniveaus zurückzuführen ist und die Fähigkeit zum internen Kapitalaufbau einschränkt. Der Rückgang der Zinsmarge war bei den kleineren und mittleren Banken besonders ausgeprägt, da ihr Geschäftsmodell stärker auf der Refinanzierung durch Kundeneinlagen und der Präsenz über Bankstellen basiert. Das Gremium wird die Herausforderungen aus einem länger andauernden Niedrigzinsumfeld im Rahmen seiner regelmäßig stattfindenden Risikodiskussion weiter beobachten und warnte vor den Risiken, die mit der Suche nach rentableren Veranlagungsformen einhergehen. Das FMSG wies auch darauf hin, dass ein Anstieg der Zinsen mit Risiken für Kreditnehmer und Banken verbunden ist, insbesondere da ein Großteil der Kredite in Österreich variabel verzinst ist.

Veröffentlichungen auf der Homepage
des FMSG

Im ersten Quartal 2015 ist die Homepage des FMSG unter www.fmsg.at live geschaltet worden. Auf der Homepage werden die Presseaussendungen, Risikohinweise und Empfehlungen des FMSG, die Jahresberichte, die Strategie und weitere Hintergrundinformationen zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich veröffentlicht. Damit soll der Informationsstand der Öffentlichkeit zum Thema makroprudenzielle Aufsicht verbessert und auch die Rechenschaftspflicht des Gremiums, das im öffentlichen Auftrag handelt, gegenüber derselben erfüllt werden.

Ausblick

Für das Jahr 2016 zeichnen sich folgende Tätigkeitsschwerpunkte ab. Im Fokus wird die Analyse der Umsetzung des Systemrisikopuffers stehen. Die Entwicklung Immobilienpreise und mögliche Instrumente zur Mitigierung etwaiger systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung werden weiter evaluiert. Gegebenenfalls wird das Gremium Hinweise zur Ergänzung des makroprudenziellen Instrumentensets ausarbeiten. Regelmäßig auf der Agenda wird die Analyse zyklischer Systemrisiken stehen, die im Rahmen des Antizyklischen Kapitalpuffers verpflichtend vorgesehen ist.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß §13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender

Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer (Fiskalrat),

Mag. Andreas Ittner (OeNB),

Mag. Klaus Kumpfmüller (FMA),

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder

Mag. Helmut Ettl (FMA),

MMag. Peter Part (BMF, bis 19.1.2016)

Mag. Karin Fischer (BMF, ab 19.1.2016),

Dkfm. Dr. Edith Kitzmantel (Fiskalrat),

Mag. Philip Reading (OeNB),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen.